

Aktion "50 000 Jobs für Schwerbehinderte"

Mit Halbzeitbilanz zufrieden

Trotz gesetzlicher Verpflichtung gibt es in Deutschland immer noch 71 000 Betriebe, die keinen einzigen Schwerbehinderten beschäftigen. Das sagte Bundesarbeitsminister Walter Riester in der Konferenz der Schwerbehinderten der IG Metall Baden-Württemberg. Der frühere Bezirksleiter machte dafür Vorurteile, Missverständnisse und Informationsdefizite verantwortlich.

Diese Vorurteile hätten oft nichts mit der Wirklichkeit zu tun, sagte der Präsident des Landesarbeitsamtes, Otto-Werner Schade: "Menschen mit Behinderung sind nach einer anfänglichen Integrations- und Orientierungsphase in den meisten ihrer beruflich zugewiesenen Arbeitsbereichen voll leistungsfähig."

Mit der Aktion "50 000 neue Jobs für Behinderte" bis Oktober 2002, hat sich viel bewegt. Seit 1999 fanden bundesweit rund 24 000 Behinderte neue Arbeitsplätze, sagte Walter Riester, also fast halb so viel wie vom Gesetz gefordert. In Baden-Württemberg, wo die Vorgabe bei insgesamt 5200 Vermittlungen liegt, fanden von Januar bis September 2001 rund 4300 Menschen neue Arbeitsplätze. Sowohl Riester als auch Schade zeigten sich zufriede-



Fotos: Graffiti

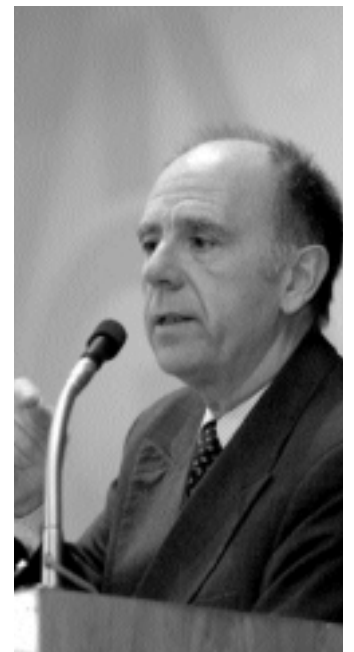
den mit dieser Halbzeitbilanz. Wird die Zahl 50 000 bis 2002 allerdings nicht erreicht, wird die Beschäftigungsquote von Behinderten für die Betriebe wieder von fünf auf sechs Prozent erhöht.

In den Branchen der IG Metall im Südwesten gebe es immer

noch 90 Betriebe ohne Schwerbehindertenvertretungen, sagte Bezirksleiter Berthold Huber: "Überall dort, wo wir 'weiße Flecken' haben, ist auch die Beschäftigungsquote der Unternehmen schwach ausgeprägt." Die Zahl der Vertretungen konnte in den letzten zwei Jahren um zehn Prozent gesteigert werden. Die privaten Arbeitgeber im Land liegen bundesweit ganz hinten: Sie beschäftigen im Durchschnitt nur 3,3 Prozent Behinderte.

Im Herbst 2002 gibt's die nächsten Wahlen zu den Schwerbehindertenvertretungen. Berthold Huber rief dazu auf, diese Wahlen zu nutzen, um die Zahl der Vertretungen zu steigern – nämlich von jetzt 690 Vertretungen auf über 700. Zudem wurden mit der neuen Betriebsverfassung die Rechte der Behindertenvertretungen deutlich gestärkt, sagte Walter Riester. <

Schwerbehindertenkonferenz der IG Metall (o.) mit Bundesarbeitsminister Walter Riester (u.): "Geeignet oder nicht geeignet? Das ist die Frage – nicht: behindert oder nicht behindert."



Tipps für Schwerbehindertenvertreter

Arbeitsamtspräsident Otto-Werner Schade hat eine Reihe von Tipps für Schwerbehindertenvertreter: "Profilieren Sie sich als Problemlöser im Unternehmen. Ansatzpunkt könnte zum Beispiel die Vermeidung der Ausgleichsabgabe sein. Das macht Sie zum Verbündeten der Unternehmensleitung. Sie können die Bereitschaft zur Einstellung Behinderter wecken und fördern, wenn Sie Lösungsmöglichkeiten für Hemmnisse beratend zur Verfügung stellen. Viele Unternehmen haben Probleme, dringend benötigte Fachkräfte zu finden. Warum sollte dies nicht auch ein Schwerbehinderter sein? Über die Hälfte arbeitslos gewordener Behinderter ist gut qualifiziert. Machen Sie am besten konkrete Vorschläge, indem sie potenzielle Bewerber präsentieren. Auch erfolgreiche Beispiele aus anderen Unternehmen haben oft größere Überzeugungskraft als moralische Appelle." <

Repräsentative Studie zur Arbeit der IG Metall-Verwaltungsstelle **Gute Noten für die Mannheimer**

**Gesamtergebnis der Befragung:
Gute Noten für die
Mannheimer IG Metall**

Als bisher einzige Verwaltungsstelle hat sich die IG Metall Mannheim einer repräsentativen Befragung von mehr als tausend Mitgliedern, ausgetretenen Mitgliedern und Nichtmitgliedern unterzogen. Die Umfrage des Meinungsforschungsinstituts "polis" (Gesellschaft für Politik- und Sozialforschung) hatte das Ziel, die Mannheimer IG Metall umfassend zu bewerten. Fazit: Beschäftigte aus etwa 150 Betriebe mit gewählten Interessenver-

tretungen vergaben gute Noten für die Arbeit und Politik der Betriebsräte und der Hauptamtlichen.

Die wichtigsten Ergebnisse:

Mehr als 40 Prozent der Befragten sehen die wirtschaftliche Situation ihres Betriebes eher pessimistisch. Ein Drittel der Befragten macht sich Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes.

Die Arbeit der Betriebsräte wird von fast zwei Drittel der Befragten als gut oder sehr gut

beurteilt. Lediglich fünf Prozent sind mit der Arbeit überhaupt nicht zufrieden. Alle Beschäftigtengruppen, Arbeiter, Angestellte, Frauen, Männer und sogar Unorganisierte haben ein deutlich positives Bild von der Tätigkeit der Betriebsräte.

Ähnlich gut wird die Arbeit der Gewerkschaftssekretäre von den Befragten bewertet. Herausragende Merkmale sind: Erfahrung, Problemlösungskompetenz, Verantwortungsbewusstsein und Engagement. Ihr Auftreten bei bestimmten Anlässen wie Betriebsversammlungen wird von zwei Dritteln der Befragten als informativ, kompetent und engagiert beurteilt.

Die Zufriedenheit mit Arbeit und Politik der Mannheimer IG Metall ist auch unter Einbeziehung der ausgetretenen Mitglieder und der unorganisierten Beschäftigten groß. Die besonderen Stärken liegen bei den

gewerkschaftlichen Kernkompetenzen wie beispielsweise Arbeitsplatzsicherung, Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Mitgliederbetreuung.

Dazu Peter Toussaint, Bevollmächtigter der Mannheimer IG Metall: „Wir sind stolz darauf, dass unsere Mitglieder eine bemerkenswert emotionale Bindung zu ihrer Mannheimer IG Metall haben.“ Trotz der weit reichenden Zustimmung wollen die Mannheimer Metaller/innen ihre Arbeit weiter verbessern. Dazu gehören unter anderem:

- Gezielter Ausbau der gewerkschaftlichen Kernkompetenzen.
- Weitere Stärkung der betrieblichen Gewerkschaftsarbeit.
- Erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder.
- Gezielte Ansprache bisher unorganisierter Beschäftigter.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die Beschäftigten eine gewerkschaftliche Vertretung in- und außerhalb der Betriebe nach wie vor für notwendig erachten. Auch in der heutigen Zeit ist solidarisches Handeln unverzichtbar.

Die Studie ist auf der Homepage der Mannheimer IG Metall verfügbar:

www.bw.igm.de/region/mannheim. <

Berufsschulen: DGB fordert Sofortprogramm

Immer noch fällt zu viel Unterricht aus

Auch im neuen Schuljahr fällt an den baden-württembergischen Berufsschulen noch zu viel Unterricht aus. Derzeit seien es 16 Prozent, wie der DGB-Landesbezirk Baden-Württemberg mit Hinweis auf eine Stichtags-erhebung mitteilte.

Der DGB-Landesvorsitzende hat in Briefen an die Kultusministerin Annette Schavan (CDU) und an die Fraktionsvorsitzenden im Landtag deshalb ein Sofortprogramm für die Berufsschulen gefordert. Der Unterrichtsausfall

sei nicht mehr hinnehmbar, schreibt Bliesener und deshalb gebe es dringenden Handlungsbedarf. Ministerin Schavan solle einen Stufenplan vorlegen, aus dem ersichtlich werde, wann die Berufsschulen mit einem vollen Unterricht rechnen könnten.

Der DGB-Landeschef reagierte deshalb so sauer, weil seit dem Frühjahr dieses Jahres nichts Entscheidendes passiert ist. Im Februar hatten die Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften gemein-

sam eine Verbesserung der Qualität in den Berufsschulen angemahnt und sich offen für einen Dialog gezeigt. Die IG Metall-Jugend hatte in vielen Aktionen auf die schlechte Unterrichtssituation aufmerksam gemacht.

Zur Zeit besuchen rund 350 000 Auszubildende die Berufsschulen im Land. Das Kultusministerium rechnet mit weiter steigenden Zahlen. Der Höchststand mit etwa 385 000 jungen Leuten soll 2008/2009 erreicht werden. <

Zum Jahresende

> **Der Bezirksleiter-Witz:**

Karl: "Sag mal Otto, was ist den dein Vater von Beruf?"

Otto: "Der ist Pfarrer. Wenn er irgendwo hinkommt, sagen immer alle Hochwürden zu ihm!"

Karl: "Und was macht dein Vater, Fritz?"

Fritz: "Der ist Bischof. Er wird mit Eure Eminenz angesprochen! – Aber was macht denn deiner?"

Karl: "Meiner ist Bezirksleiter der IG Metall. Wenn er irgendwo hinkommt, sagen immer alle: Ach du lieber Gott."

Mehr Witze bei der IG Metall Ulm: www.igm-ulm.de <

Landes-Sozialministerium will drastische Kürzungen bei Arbeitslosenprojekten

Sparkurs auf Kosten der Schwächsten

„Finger weg von den Landesprogrammen für Arbeitslose“, fordert der DGB-Landesvorsitzende Rainer Bliesener von der CDU/FDP-Landesregierung. Die bekannt gewordenen drastischen Kürzungspläne des Sozialministeriums zum Doppelhaushalt 2002/2003 seien nicht hinnehmbar.

Angesichts des noch immer überdurchschnittlich hohen Anteils an Langzeitarbeitslosen im Land – rund ein Drittel der Arbeitslosen insgesamt – sei ein solcher „arbeitsmarktpolitischer Kahlschlag“ nicht zu verantworten. Die zunehmend kritischere Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt mit drohender Rezession mache weitere Fördermittel notwendig.

Der DGB fordert, dass das Sozialministerium mit den betroffenen Trägern und arbeitsmarktpolitischen Akteuren an einem runden Tisch über die Perspektiven der Programme diskutiert statt ihnen einfach den Teppich unter den Füßen wegzuziehen.

Die Folge der Kürzungspläne wäre eine lange Liste von Verlierern.

● Zuerst treffe es Projekte mit jugendlichen Arbeitslosen und Langzeitarbeitslose, denen eine Chance zur Wiedereingliederung in den ersten Arbeitsmarkt genommen werde.



Projekte für Langzeitarbeitslose gefährdet: Stadtteilküche in Stuttgart

● Dann müssten viele Initiativen ihre Tätigkeit einstellen. Damit breche eine mühsam aufgebaute soziale Infrastruktur weg, die nur mit großem finanziellen Aufwand später wieder reaktiviert werden könne.

● Schließlich würden die Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit auf die Kommunen abgewälzt, die steigende Sozialhilfekosten zu verkraften hätten. Ein solcher „sozialpolitischer Verschiebeparkplatz“ sei nicht akzeptabel. Das kritisiert auch der Städtetag.

Es zeige sich jetzt auch erneut die Fehlkonstruktion der baden-württembergischen Landesstiftung. Ihre Mittel könnten nicht sinnvoll eingesetzt werden, wenn die Projekte nicht als gemeinnützig anerkannt seien.

Dies hatte der DGB schon in den Gesprächen im baden-württembergischen „Bündnis für Bildung und Beschäftigung“ immer kritisiert. Das „Bündnis“ auf Landesebene war an der Unbeweglichkeit der Landesregierung gescheitert. <

Arbeitsmarkt

> Herbst ohne Belebung:

Bei wieder steigenden Arbeitslosenzahlen will das baden-württembergische Sozialministerium ausgerechnet bei den Hilfen für Langzeitarbeitslose und Jugendlichen sparen – siehe Artikel oben. Zwar liegt die Arbeitslosenquote im Land weiter bei 4,9 Prozent, eine Quote, von der andere Bundesländer nur träumen können. Aber in diesem Herbst blieb die übliche Belebung auf dem Arbeitsmarkt aus, der sonst für ein Absinken der Quote sorgte. Die Zahl der offenen Stellen ist stark gesunken, die Kurzarbeit ist gestiegen, insbesondere im Maschinenbau und in der Elektrotechnik. Viele Betriebe zeigen sich deutlich verhalten bei den Einstellungen oder bauen Stellen ab. Nur bei den Metall- und Elektroberufen gab es einen leichten Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Die Durchschnittsquote von 4,9 Prozent verdeckt ein wachsendes Problem: Die Zahl der über 50-jährigen Arbeitslosen ist seit 2000 um fast 20 Prozent gestiegen. <

Säge- und Holzindustrie **Azubis fordern 40 Euro mehr**

Die Azubis in der Säge- und Holzindustrie Baden-Württembergs fordern eine Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 40 Euro für jedes Lehrjahr. Außerdem wollen sie, dass die Ausbildungsvergütungen künftig in den Lohntarifvertrag eingebunden werden. Der Tarifvertrag läuft zum Ende 2001 aus. <

Textil/Bekleidung: Quali-Offensive **Tarifverträge an den Euro angepasst**

In der Textil- und Bekleidungsindustrie wurden in verschiedenen Tarifverträgen Glättungen zur Anpassung an den Euro vorgenommen: Vermögenswirksame Leistungen (künftig monatlich 20 Euro); Altersteilzeit (Abfindungsbetrag künftig 230 Euro pro Jahr); Förderung der Aus-, Fort- und Weiterbildung (Bil-

dungsbeitrag künftig 5,10 Euro); Jahressonderzahlung (Beträge auf volle Euro geglättet). Baden-württembergischer Textilverband und IG Metall haben eine Qualifizierungsoffensive für Beschäftigte ohne eine textile Fachausbildung gestartet. Interessierte erhalten dazu eine Broschüre und Infos bei der IG Metall vor Ort. Die Broschüre gibt's auch beim Textilverband, Telefon 0711/2105-0. <